

Südwestpresse 11.10.2010

Berichterstattung wegen Namensstreit und Stellungnahme der örtlichen Freien Wähler zu einem Bericht über ein Pressegespräch des Herrn Aiwanger bei der SWP am 4.11.2010

Gericht: Kein neuer Name für die Freien Wähler

Nürnberg/Stuttgart.

Die "Landesvereinigung Freie Wähler Baden-Württemberg" darf ihren Namen behalten. Die dritte Zivilkammer am Landgericht Nürnberg-Fürth hat eine Unterlassungsklage des Landesverbands der Freien Wähler abgewiesen. Der Verband hatte eine Änderung des Namens der erst im Mai 2010 gegründeten Landesvereinigung erreichen wollen.

Heinz Kälber, der Vorsitzende des Landesverbands, schloss nicht aus, in die Berufung zu gehen: "Was die machen, ist Etikettenschwindel. Sie benutzen unseren Namen für etwas, was wir nicht wollen", sagte er der SÜDWEST PRESSE. Der Landesverband ist strikt gegen eine Teilnahme an Landtags- und anderen überörtlichen Wahlen. Schon in der Hauptverhandlung hatte der Vorsitzende Richter gesagt, dass die beiden Gruppierungen ein gewisses Maß an Verwechslung hinnehmen müssten. Ko-Existenz sei möglich, zumal der Landesverband nur auf kommunaler Ebene antrete und die Landesvereinigung nur darüber. Die Landesvereinigung sei als Landesableger der Bundesvereinigung Freie Wähler nach dem Parteiengesetz auch verpflichtet, in ihrem Namen "Freie Wähler" und "Baden-Württemberg" zu führen.

Der Streit entzündete sich am Beschluss des Bundesverbands der Freien Wähler, zu Bundes- und Landtagswahlen anzutreten. Der Landesverband trat deswegen aus dem Bundesverband aus. dapd/wie

Freie Wähler im Streit

Ulm. Die Freien Wähler aus Ulm und dem Alb-Donau-Kreis sind sich mit dem Landesverband einig: Sie wollen nicht bei den Landtagswahlen im März antreten. Und sie streiten mit denen, die es unter ihrem Namen tun.

Die Freien Wähler sind sauer. Sie wollen keine Partei sein und auch nicht bei der Landtagswahl Baden-Württemberg im März 2011 kandidieren. Aber sie wollen auch nicht, dass andere es unter ihrem Namen tun. Daran ändert auch das gestrige Urteil des Landgerichts Nürnberg-Fürth nichts, sagen Landesgeschäftsführer Georg Hiller und der Ulmer FWG-Fraktionschef Gerhard Bühler. Deshalb werden sie mit hoher Wahrscheinlichkeit gegen das Urteil in Berufung gehen, sagen Hiller und Bernhard Schweizer vom Kreisverband Alb-Donau der Freien Wähler. Sie warten nur die schriftliche Urteilsbegründung ab.

Es ist ein Streit Freie Wähler gegen Freie Wähler. Die einen, die Baden-Württemberger, deren stärkste Fraktion im Ulmer Rathaus sitzt, sieht ihre Basis in den Gemeinden und Städten. Das ist auch ihr Erfolgsrezept, sagen Bühler und Wolfgang Mangold, der für die Kreistagsfraktion der Freien Wähler Alb-Donau spricht. Weil sie keine Partei sind, werden sie nicht in das Parteiengezänk hineingezogen, das die Wähler nicht mehr hören können. Diesen Status wollen sie behalten, auch wenn die Freien Wähler in Bayern es anders sehen.

Dass der bayerische Landesvorsitzende Hubert Aiwanger, der gleichzeitig Bundesvorsitzender ist, unter dem Namen "Landesvereinigung Freie Wähler Baden-Württemberg" nun doch bei der Landtagswahl kandidieren will, hat den Landesverband der Freien Wähler, dessen Mitglieder sich als "die echten Freien Wähler" betrachten, vor Gericht getrieben. Da will einer unter ihrem Namen Wahlerfolge einfahren, sagen Hiller und seine Kollegen. Im Namensstreit vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth zogen sie gestern jedoch den Kürzeren. Vorerst zumindest (siehe Infokasten).

Aiwanger werfen sie unredliches Vorgehen vor. Er wolle den guten Ruf der Freien Wähler im Land nutzen, um die Ein-Prozent-Hürde zu überspringen, sagt Hiller. Damit wäre er in der finanziellen Vergütung für die Wahl nach dem Parteienfinanzierungsgesetz angekommen. Es dränge sich der Verdacht auf, dass es ihm darum geht.

Dass der Bundesverband über die Person Aiwangers mit dem traditionellen Landesverband Baden-Württemberg konkurriert, liegt auch daran, dass der Landesverband im Januar 2009 aus dem Bundesverband austrat. Man habe damals gesehen, dass der Bundesverband die kommunale Ebene verlassen wolle und könne da nicht mitmachen. Sie stört nicht, dass Aiwanger & Co zur Wahl im März antreten, sondern, dass sie es unter ihrem Namen tun. Dagegen werden sie sich weiter wehren, sagen Hiller, Bühler, Mangold und Schweizer.

Das Urteil in Sachen Freie Wähler gegen Freie Wähler

Der Landesverband Baden-Württemberg der Freien Wähler darf der konkurrierenden Landesvereinigung den Namen Freie Wähler nicht verbieten. Das hat das Landgericht Nürnberg-Fürth gestern entschieden. Richter Horst Rottmann verwies auf seine früheren Aussagen: Dass der kommunalpolitisch ausgerichtete Landesverband nicht dem Parteienprivileg unterliege, deshalb besitze er auch keinen Namensschutz. Deshalb müsse er die Koexistenz mit der Landesvereinigung der Freien Wähler hinnehmen.

Die FWG Ulm stellt mit elf Sitzen die stärkste Fraktion im Ulmer Rathaus. Sie und die Freien Wählern aus dem Alb-Donau-Kreis wehren landespolitische Ambitionen ab und wollen der Konkurrenz deshalb den Namen Freie Wähler verbieten. bö

KOMMENTAR · FREIE WÄHLER: Ein Trittbrettfahrer

Der Erfolg der Freien Wähler in Bayern ist Hubert Aiwanger in den Kopf gestiegen. Deshalb möchte der Bundesvorsitzende und bayerische Landeschef der Freien Wähler auch gegen den Willen seiner Kollegen vor Ort in Baden-Württemberg Vergleichbares durchsetzen.

Das wäre völlig in Ordnung, würde er sich dabei nicht bewusst der Erträge bedienen wollen, die sich die Freien Wähler etwa aus Ulm und dem Alb-Donau-Kreis in Jahrzehnten mühsam erarbeitet haben. Wer bewusst unter einem Namen segelt, der der Verwechslung mit den erfolgreichen Baden-Württembergern Tür und Tor öffnet, nur des eigenen Vorteils willen, wird im Volksmund zurecht als Trittbrettfahrer tituliert. Daran ändert auch nichts, dass die Nürnberger Richter dies rein juristisch nicht beanstanden.

Aiwanger ist auf die unfreiwillige Hilfe seiner Kollegen aus Ulm, dem Alb-Donau-Kreis und dem Rest des Landes angewiesen. Sein Erfolg in Bayern hat auch viel mit dem Frust der Wähler mit der real existierenden CSU zu tun. Das ist nicht vergleichbar mit der Situation in Baden-Württemberg, auch wenn sich gerade die traditionellen Großparteien CDU und SPD ganz bestimmt nicht nur mit Ruhm bekleckert haben. Ein Neuling wie Aiwanger & Co. hätte ohne diese unfreiwillige Amtshilfe bei Wahlen trotzdem keine Chance. Dass die Freien Wähler in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis dafür nicht die Aufbauarbeit von Jahrzehnten opfern wollen, ist nachvollziehbar.

WILLI BÖHMER

(Anm. Willi Bömer ist stellvertretender Chefredakteur)